

Forum Grundeinkommen

Die Beiträge im Februar-Heft über die Idee des Grundeinkommens haben einiges an Für und Wider ausgelöst. Wir bringen hier zunächst zwei Leserbriefe. Dann setzt sich *Daniel Häni*, Autor des Beitrages »Was würdest Du arbeiten, wenn für dein Einkommen gesorgt wäre?«, kritisch mit *Stephan Eisenhuts* Artikel »Ein Drache mit vielen Köpfen. Das Grundeinkommen und die ungelöste soziale Frage« auseinander, woraufhin letzterer wieder antwortet. red.

Spaltung in »Macher« und ohnmächtige Konsumenten?

Wem eine anthroposophische Sozialwissenschaft am Herzen liegt, der kann dankbar sein für den Aufsatz von *Stephan Eisenhut* zum Grundeinkommen. Ein solcher Gedanke hat natürlich etwas Faszinierendes und wird vielleicht manches in Bewegung bringen. Die Tatsache jedoch, dass er eine Teilwahrheit ist, macht ein Grundeinkommen auch als Zwischenschritt problematisch, solange man nicht den ganzen Zusammenhang ins Auge fassen will. Wenn es, selbst mit allen guten Bestrebungen derer, die es propagieren, ohne Veränderungen etwa am Eigentumsrecht an Boden und Kapital in die vorhandene Sozialstruktur gebracht würde, könnte das Grundeinkommen die Gemeinschaft in einem nie da gewesenen Maße spalten in »Macher« und eine ohnmächtige Masse von Konsumenten. Das als »allgemeines Menschenrecht« – wie sonst für Kinder – eingeführte Versorgt-Werden wäre wie eine Amputation großer Teile der Gesellschaft. *Daniel Häni* meint in seinem Aufsatz zwar, dass sich die Menschen gerade dadurch erst in freier Weise die Frage stellen: »Was brauchen eigentlich die anderen?«. Nun gut, es wird sich manches neu regen – Sinnvolles und Sinnloses. Aber ist eine »neue Arbeit« auf den alten Grundlagen zu erwarten? Ein zeitgemäßes Wirtschaften wird es bei den Grund-Versorgten nicht geben können, weil sie nicht nur von der (alten) Arbeit, sondern auch von der Teilnahme an der Wirtschaft überhaupt »befreit« wären. Ein mögliches Verhältnis, das sie zu Boden und Maschinen haben könnten, wurde nicht angedacht. Alles, was Kapital ist, wird somit

berechtigt nur von denen gehandhabt werden, die sich dann tatsächlich noch die Frage stellen können oder müssen: »Was brauchen eigentlich die anderen, die versorgt werden müssen?« Der Staat würde durch den eintretenden weiteren Verzicht auf die von ihm geforderte Regelung der Arbeitsverhältnisse noch mehr zu einem Instrument der Mächtigen bzw. der vom Kapital Getriebenen. Er wäre deshalb auch nur ein schwacher Bürge für ein ausreichendes Grundeinkommen. Dadurch würde viel Niedriglohn-Arbeit entstehen und sowohl die Löhne der noch Berufstätigen, als auch die Warenpreise wären manipulierbarer. Teure Ausbildung und Forschung wäre für eine Vielzahl von Menschen schwerer zugänglich und weiter entfernt von ihren Interessen. Was demgegenüber an Erziehung und Schule in der Freizeitgesellschaft entstehen könnte, würde kaum einen Anschluss an die äußere Tätigkeitswelt finden.

Albrecht Kiedaisch, Tübingen

Pragmatisch betrachtet ...

Schon im Vorspann seiner Ausführungen relativiert *Stephan Eisenhut* (oder die Redaktion?) die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens als Denkanregung. Sie ist aber weit mehr, ist ein konkreter praktischer Vorschlag an die Adresse der Politik, als Ausweg aus ansonsten ziemlich hoffnungslos erscheinender Situation. Weil mit einem solchen existenzsichernden Grundeinkommen noch keine vollkommene Entkoppelung von Arbeit und Einkommen erreicht wäre – was niemand behauptet –, denunziert er den Vorschlag, für den sich Götz Werner dankenswerterweise so stark engagiert, als dem

Sozialen Hauptgesetz von Rudolf Steiner widersprechend. Wozu diese Polemik? Denn das ist dieser Beitrag von Eisenhut in der Sache, auch wenn er sprachlich jeden polemischen Duktus geflissentlich meidet.

Im Beitrag von *Daniel Häni* im selben Heft kommt gut heraus, dass ein solches Grundeinkommen immerhin geeignet wäre, den Einzelnen vom unmittelbaren Zwang zu befreien, aus existenzieller Not in entfremdeter und in ihrer Ausübung ihn immer weiter seines Selbstes entfremdender Arbeit zu frönen. Und nicht nur das. So zu arbeiten ist häufig auch für die Gemeinschaft mehr schädigend als nutzbringend. Man denke nur an die vielen unnötigen Dinge, die wir produzieren und dabei Ressourcen verbrauchen und die Umwelt durch Emissionen schädigen, oder an den geistigen Müll, der in unseren Medien vielfach aus wirtschaftlichem Zwang verbreitet wird. Von Atomkraftwerken und Rüstungsproduktion nicht zu reden. Eine solche partielle Befreiung des Individuums wird man doch mit Fug und Recht als einen Schritt in die richtige Richtung, ja mehr noch, als entscheidenden Richtungswechsel hin zu einer zukunftsfähigen Umgestaltung des sozialen Organismus bezeichnen dürfen.

Betrachtet man den Vorschlag aus der pragmatischen Perspektive, so erscheint der von Eisenhut kritisierte Mangel gerade als seine Stärke: Eine nur teilweise Trennung von Arbeit und Einkommen ist gewiss leichter durchsetzbar als eine vollkommene. Werden sich einer solchen doch nicht nur praktische, sondern mindestens ebenso in unserem Bewusstsein und Empfinden verwurzelte Widerstände entgegenstellen. Das archaische »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« wird noch lange durch die Köpfe und Herzen spuken, auch wenn diesem Motto im Verlauf der Entwicklung der technischen Produktivität jede Realität abhanden gekommen ist.

[...]

Bleibt noch übrig, auf einen weiteren Kritikpunkt von Eisenhut einzugehen: Die Rolle des Staates als Umverteiler des auf wirtschaftlichem Felde gewonnenen Reichtums scheint ihm wenig zu schmecken. Zugegeben, die Frage, ob dies mit dem Modell des dreigliedrigen

Sozialorganismus zusammenpasst, scheint berechtigt, könnte sie doch als unzulässige Einmischung erscheinen. Wir müssen aber auch zu Kenntnis nehmen, dass die Kräfte des Marktes sich als unfähig erweisen, die soziale Frage selbständig zu lösen. Sie sind im Gegenteil die Ursache ihrer aktuellen Zuspitzung. Im Sinne des dreigliedrigen sozialen Organismus nach Steiner sollten wir dies auch nicht beklagen. Gerechtigkeit gehört nicht zu den Primärtugenden des homo oeconomicus.

Vielleicht sollten wir uns befreien von der Vorstellung einer Umverteilung, wo den einen genommen wird, um anderen geben zu können. Man kann das Grundeinkommen auch unter dem Aspekt einer gerechteren Verteilung der pausenlosen Wertschöpfung durch Arbeit betrachten. Dann werden wir einsehen, dass dieses Ideal einer gerechten Verteilung – nie erreichbar, aber immer anzustreben – zu den originären Aufgaben des Rechtsstaates gehört, wie sie von Rudolf Steiner als dem Wirtschaftsleben vorzuzugende Grund- und Rahmenbedingungen beschrieben werden.

Wenn wir das anerkennen, spricht von dieser Seite auch nichts mehr gegen ein voraussetzungsloses Grundeinkommen, finanziert aus dem grandiosen Wertschöpfungspotential, das dem Wirtschaftsleben aus dem Geistesleben in Form des technischen Fortschritts permanent zufließt. Das auch letzteres einen angemessenen Anteil zurückbekommen muss, versteht sich von selbst. Was ist gegen einen effektiv und transparent verwalteten demokratischen Staat als Treuhänder für diese Gelder ernsthaft einzuwenden? Die Realisierung der hier genannten Adjektive einzufordern und zu überwachen, gehört zu unseren Pflichten als demokratische Staatsbürger, die wir nicht gänzlich an die von uns gewählten parlamentarischen Vertreter abtreten sollten. Machen wir uns den Staat zu eigen, dann brauchen wir ihn nicht als Gegner zu betrachten, wie es Eisenhut noch unterschwellig tut.

Martin Britsch, Reutlingen

Einkommen ist Rechtsfrage

Zu Stephan Eisenhuts Artikel »Ein Drache mit vielen Köpfen« (2/2006, S. 28)

Daniel Häni

Mit Stephan Eisenhut tritt jemand in der anthroposophischen Bewegung auf, der vehement gegen eine Begründung der Idee des Grundeinkommens im Werk von Rudolf Steiner argumentiert. In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift erschien eine ausführliche Schilderung seiner Ansichten, die er schon im November-Heft 2004 ansatzweise darlegte. Eisenhut schreibt: »Die Idee des Grundeinkommens neben einem fortbestehenden Arbeits- und Kapitalmarkt, sozusagen als dessen Korrektiv, erfüllt die Forderungen des sozialen Hauptgesetzes in keiner Weise« oder: »Mit der Idee des Grundeinkommens wird das Grundproblem des modernen sozialen Lebens – das ist die Aufmerksamkeitschwäche für den anderen – nicht gelöst«. (DIE DREI, Nr. 11/2004, S. 47-53)

Mit der Diagnose »Aufmerksamkeitsschwäche für den andern« (Eisenhut nennt es an anderer Stelle gar »Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom«) hat er ein wirkliches Grundproblem im Auge. Gleichzeitig wird Eisenhut aber für sein Heilmittel blind und verwirft es. Die Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird genau dieses Grundproblem wesentlich lösen, indem es jeden Menschen existenziell in die Lage bringt, von sich aus ein echtes Interesse an seinen Mitmenschen zu entwickeln. Der Mensch braucht Anerkennung und Wertschätzung. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist die allgemein menschliche und politische Form dafür (siehe u.a. Daniel Häni: »Was würdest du arbeiten, wenn für dein Einkommen gesorgt wäre« in DIE DREI 2/06, S. 24).

Und – das ist ein weiterer springender Punkt, der noch wenig gesehen wird – durch ein existenzsicherndes Grundeinkommen werden die Menschen vom Zwang befreit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, welche sie selbst ohne den Existenzdruck nicht ausüben würden. Als Folge davon würde ein freierer Arbeits-Wettbewerb

entstehen. Und dies nicht nur als »Korrektiv«, wie Eisenhut meint, sondern als freie Grundlage für die Erwerbsarbeitenden und vor allem auch für die Unternehmen.

Die Unternehmen würden MitarbeiterInnen gewinnen, wenn sie durch sinnvolle Produkte Menschen zu sinnvoller Arbeit überzeugen können, welche diese dann als freie ArbeitnehmerInnen leisten. Man stelle sich einmal vor, was dann alles hergestellt und auch nicht mehr hergestellt würde!

Um an diesem »Wettbewerb der sinnvollen Ideen« teilnehmen zu können, müssen sich aber die Menschen vom heutigen Status des Arbeitszwangs und der sozialen Absicherung durch Erwerbsarbeit befreien. Wenn Menschen nur aus Existenzgründen zu arbeiten bereit sind, bleibt dieser »Wettbewerb« verzerrt und wird zum Spielfeld der »Gewinnmaximierung« anstatt der »Sinnmaximierung«. Fällt der Zwang zur Erwerbsarbeit aus Existenzgründen weg, werden sich überall dort, wo sich aus dem Geistesleben Sinnvolles zeigt und sich Unternehmergeist entfaltet, Arbeitswillige und für die Arbeit motivierte Menschen ansammeln und ihre Fähigkeiten und ihre Kraft einbringen wollen. Wenn wir hier weiterdenken, sehen wir auch, dass so ein echter Preiswettbewerb entstehen würde, d.h. die Preise derjenigen Produkte, welche nur wenige ArbeiterInnen für sinnvoll herzustellen erachten, würden entsprechend steigen – und umgekehrt. Zum Beispiel ökologisch sinnvolle Produkte würden billiger werden, ökologisch schädliche Produkte teurer. Eine sanfte Revolution folgte, weil die Voraussetzungen zu einer echten Preisgestaltung natürlich gegeben wären. Ein Schub an Innovation und sinnvoller Rationalisierung käme in Gang.

In seinem Artikel im Februar-Heft bezieht sich Eisenhut stark auf Prof. Götz Werner, indem er ihn lobt und zugleich tadelt. Das zu tun,

steht natürlich jedem frei, doch sollte bemerkt werden, dass Eisenhut gerade dort tadelt, wo Werner bestechend klar ist (indem er etwa argumentiert, das Grundeinkommen müsse durch das Staatswesen gewollt und organisiert werden), hingegen dort lobt, wo Werner eher ungenau ist, indem er beispielsweise sagt: Die zweite Aufgabe der Wirtschaft sei es, die Menschen mit ausreichend Geld zu versorgen. Die Frage des Einkommens ist aus der Sicht der »Dreigliederung« eine Rechtsfrage – das ist des Pudels Kern –, nicht eine Wirtschaftsfrage.

Untersucht man den »Nationalökonomischen Kurs« (GA 340) von Rudolf Steiner, den er im Sommer 1922 für einen kleinen Kreis von Studenten der Nationalökonomie hielt, kann man dort folgende Forderungen hinsichtlich des Einkommenssystems finden:

1. Die Einkommen sollen aus den Preisen generiert werden. (S. 82, 97; »Preisformel«)

2. Die Einkommenssicherung darf keine Selbstversorgungsaufgabe sein. (S. 48 f.; »Soziales Hauptgesetz«)

3. Das Einkommenssystem soll jeden Menschen mit einbeziehen ... also selbstverständlich auch nicht-arbeitsfähige und alleinstehende Personen. Die »Lohnformel« lautet: Alle Menschen sind »diejenigen, die zu uns gehören« (S. 82). Wer auf der Erde ist, hat ein Recht auf Subsistenz, d.h. auf den ihm/ihr entsprechenden Anteil an Kulturland bzw. – über das Rechtssystem vermittelt – auf ein entsprechendes Einkommen (S. 208).

4. Das Einkommen darf nicht das Äquivalent für vergangene Leistungen sein.

Das Einkommen muss das Äquivalent für diejenigen Bedürfnisse sein, die bis zur Fertigstellung künftiger Leistungen erfüllt werden sollen.

Die zwei letzten Forderungen sind in der Sphäre des Kaufgeldes gar nicht realisierbar! Diese ist ja immer gegenwärtiger Tausch in gegenwärtigen Preisverhältnissen. Wenn also der Unternehmer dem Arbeiter das Produkt abkauft, dann werden auf diese Weise die zentralen Forderungen der Zukünftigkeit und des Einbezugs aller noch nicht erfüllt.

Die Forderung nach Einbezug aller meint eben

wirklich *alle*, und nicht nur die Familienmitglieder oder dergleichen. Dies kann man sich klar machen, indem man überlegt, wie sich die Preise bei Arbeitenden gestalten würden, die für viele Menschen sorgen (Kinder, Nichterwerbstätige etc.), und umgekehrt bei solchen, die nur für sich alleine sorgen.

Die Forderung nach Zukünftigkeit ist real da: Die ganze Wirtschaft lebt vom gegenwärtigen »Einschießen für die Zukunft«. Dadurch verknüpft sich mit dem Einkommen die Initiative. Um sie zu erfüllen, ist Kapitalbildung nötig: Akkumulation außerhalb der Sphäre des Kaufgeldes. Anders gesagt: Einkommen muss aus der Sphäre des Leih- oder Schenkgeldes bezahlt werden. Dass es sich aus den Preisen generierte, ist klar. Die Einkommensverteilung ist dann eine Rechtsfrage!

Meines Erachtens hat Rudolf Steiner dies aufgrund der Zeitverhältnisse noch nicht aussprechen können – oder nicht aussprechen wollen. Aber er gibt Hinweise: »Je mehr man darauf angewiesen ist, seine Arbeiter aus dem reinen Kaufgeld zu bezahlen, desto weniger kann man ihnen geben, das heisst desto billiger müssen sie einem ihre Produkte geben; je mehr man in der Lage ist, aus schon verwandeltem Geld, aus einem Geld, das bereits in die Sphäre des Leihgeldes oder Schenkungsgeldes übergegangen ist, zu bezahlen, desto mehr Lohn kann man ihnen geben, desto teurer können sie ihre Erzeugnisse auf den Markt bringen.« (S. 178)

Folgende Aussage Rudolf Steiners dient den Gegnern des Grundeinkommens immer wieder als Argument, das Einkommenssystem in den Betrieben zu lassen und zu sagen, man müsse die Trennung von Arbeit und Einkommen stattdessen im Bewusstsein vollziehen: »Wir können uns einbilden – und die Einbildung realisieren, indem wir eben das Lohnverhältnis eintreten lassen –, dass wir die Arbeit bezahlen; in Wirklichkeit tun wir es nicht. Was in Wirklichkeit geschieht, ist etwas ganz anderes. Was in Wirklichkeit geschieht, ist dieses: dass auch im Arbeits- oder Lohnverhältnis Werte ausgetauscht werden. Der Arbeiter erzeugt unmittelbar etwas, der Arbeiter liefert ein Erzeugnis; und dieses Erzeugnis kauft ihm in Wirk-

lichkeit der Unternehmer ab. Der Unternehmer bezahlt tatsächlich bis zum letzten Heller die Erzeugnisse, die ihm die Arbeiter liefern – wir müssen schon die Dinge in der richtigen Weise anschauen –, er kauft die Erzeugnisse dem Arbeiter ab.« (S. 98)

Tatsächlich denkt Steiner aber hier nur das bestehende Lohnverhältnis zurecht! Anders gesagt: Er führt aus, was das gegenwärtige Lohnverhältnis in Wirklichkeit ist (nicht ein Kauf von Arbeitskraft, sondern von Produkten). Es ist eine so genannte positive Feststellung, keine normative – d.h. sie betrifft den Ist-, nicht den Soll-Zustand. (Ein gutes Beispiel dafür, dass Zitate immer nur aus dem Kontext richtig interpretierbar sind.)

Dass Stephan Eisenhut am 25. November 2005 in der Zeitschrift »Das Goetheanum« einen zweiseitigen Artikel veröffentlichte mit dem Titel: »Warum Rudolf Steiner nicht für die Idee des Grundeinkommens eintrat« ließ mich aufhorchen und den Blick schärfen für die Frage: Wer tritt hier *wie* für *was* ein? Ich bitte die Leserschaft sich dieser Frage mit wachem Geist anzunehmen. Ich selbst kann nicht anders, als

in diesem Titel eine unlautere Unterstellung zu sehen: Eisenhut trifft hier eine Aussage über den Willen Rudolf Steiners, einer bedeutenden historischen Persönlichkeit, deren Aussagen von einer Schar von Menschen (meist ungeprüft) für bare Münze genommen wird. So etwas zu tun, um seine eigene Ansicht zu bestätigen, ist nicht edel.

Die Hand möchte ich Stephan Eisenhut anlässlich eines weiteren von ihm publizierten Gedankens reichen: Er schreibt: »Ein wirklich soziales Leben kann sich nur da entfalten, wo sich Menschen in ihrer Individualität begegnen und wahrnehmen.« Ich ergänze: Und Menschen können sich in ihrer Individualität nur dort begegnen und wahrnehmen, wo ein wirkliches soziales Leben sich entfaltet. Und schlage vor, gemeinsam den mittleren Weg, den des »Sowohl-als-auch« zu gehen.

DANIEL HÄNI, Unternehmer, Kulturraumschaffender. Mitbegründer und -Gesellschafter des »unternehmen mitte« in Basel. Mitinitiator der »Initiative Grundeinkommen«. Kontakt: daniel@mitte.ch, www.mitte.ch, www.initiative-grundeinkommen.ch

Einkommen ist Wirtschaftsfrage

Erwiderung auf Daniel Hänis Beitrag »Einkommen ist Rechtsfrage«

Stephan Eisenhut

Als eine unlautere Unterstellung empfindet es Daniel Häni, wenn ich unter dem Titel »Warum Rudolf Steiner nicht für die Idee eines Grundeinkommens eintrat« Argumente aus dem Werk Rudolf Steiners zusammentrage, die dafür sprechen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht der Weg ist, der sich aus der Konsequenz seiner Gedankengänge ergibt, sondern dass er einen anderen Weg für die dringende Aufgabe der Existenzsicherung der Menschen aufzeigt. Häni setzt nun dagegen, dass Rudolf Steiner eigentlich ein durch das Rechtsleben gesichertes Grundeinkommensmodell

im Sinn hatte, dieses aber »aufgrund der Zeitverhältnisse noch nicht aussprechen« konnte. Selbstverständlich sollten die Argumente, die ich vorbringe, genau geprüft werden. Doch ich kann nicht erkennen, dass Daniel Häni auf meinen Gedankengang eingeht und sehe auch keine Prüfung. Geprüft werden sollen hier daher Argumente, die Häni vorbringt. (Um einem Missverständnis vorzubeugen, möchte ich hier darauf hinweisen, dass es in dieser Debatte nicht darum geht, ob es in der gegenwärtigen Situation vielleicht sehr sinnvoll wäre, ein solches Grundeinkommen einzuführen, sondern

nur darum, ob man für diese Idee Rudolf Steiner in Anspruch nehmen kann. Steiners Gedankenbildungen sind umfassend und so weit reichend, dass es einen eigenen Wert hat, sie ohne Absichten auf eigene politische Ziele zu durchdenken.)

Häni zieht vier Forderungen an ein Einkommenssystem aus dem Nationalökonomischen Kurs heraus, die für ihn begründend für ein Grundeinkommen sind. Und er meint, dass die Forderung, alle Menschen in das Einkommenssystem mit einzubeziehen und diejenige, dass das Einkommen nicht ein Äquivalent für vergangene Leistungen sein dürfe, in der Kaufgeldsphäre nicht realisierbar sei. So müsse etwa der Unternehmer dem Arbeiter nicht seine Produkte mit Kaufgeld abkaufen, sondern seine zukünftige Leistung mit Leihgeld vorfinanzieren. Die nicht Erwerbstätigen, die selbstverständlich auch ein Einkommen haben müssen (was ja wohl unbestritten ist), sollen, wenn ich Häni richtig verstehe, aus dem Schenkungsgeld finanziert werden. Einkommen müsse daher immer aus der Sphäre des Leih- oder Schenkungsgeldes bezahlt werden. Daher sei die Einkommensfrage eine Rechtsfrage. Zur Begründung seiner Auffassung zieht nun Häni folgende Stelle aus dem Nationalökonomischen Kurs heran: »Je mehr man darauf angewiesen ist, seine Arbeiter aus dem reinen Kaufgeld zu bezahlen, desto weniger kann man ihnen geben, das heißt desto billiger müssen sie einem ihre Produkte geben; je mehr man in der Lage ist, aus schon verwandeltem Geld, aus einem Geld, das bereits in die Sphäre des Leihgeldes oder Schenkungsgeldes übergegangen ist, zu bezahlen, desto mehr Lohn kann man ihnen geben, desto teurer können sie ihre Erzeugnisse auf den Markt bringen.« (NöK: GA 340, S. 178)

Häni versteht diese Stelle so, dass man den Arbeiter nicht aus Kaufgeld bezahlen darf, weil man ihm dann nur weniger geben kann. Liest man allerdings, was Rudolf Steiner unmittelbar vor diesen Sätzen sagt, so kann Hänis Annahme kaum bestehen bleiben. Da heißt es nämlich:

»Denken Sie nur, was wäre, wenn wir Tiere nicht zähmen würden, sondern als wilde verwenden würden, wenn wir gar keine Mühe auf

das Zähmen verwenden würden! Das Geld lassen wir so ganz wild im volkswirtschaftlichen Prozess zirkulieren. Wenn es ihm [dem »wilden Tier« Geld, Anm. S.E.] einfällt, möchte ich sagen, lassen wir ihm jenen Wert beikommen, den es hat als Leihgeld, den es hat als Schenkungsgeld, und warten dann ab, wenn von irgendwoher irgendein Mensch, der ein Industrieller ist, ein Geld hat, das unrichtig sich verwandelt hat aus seinem Leihgeld in Schenkungsgeld, wenn der dann seine Arbeiter bezahlt, dass das anders sich ausnimmt, als wenn er seine Arbeiter, sagen wir, aus dem reinen Kaufgeld bezahlen würde. Je mehr« (s.o.; ab hier zitiert Häni).

Steiner geht es gerade darum aufzuzeigen, dass sich das Geld falsch verwandelt und der Arbeiter anstatt aus dem Kaufgeld aus dem Schenkungsgeld bezahlt wird. Denn dann kann der Arbeiter zwar mehr bekommen, aber aus einem Geld, das dem freien Geistesleben zur Verfügung stehen sollte. Darum geht es aber in dem ganzen Kontext, dass genügend Kapital sich in Schenkungsgeld verwandelt und ins freie Geistesleben fließt, damit es nicht schädigend im Wirtschaftsleben wirkt. Ansonsten passiert das, was Steiner kurz vor der zitierten Stelle beschreibt: »Leihgeld darf sich gewissermaßen nicht zurückstauen in das Kaufgeld hinein, um das zu stören.« Die materielle Arbeit (d.h. die Arbeit, die unmittelbar auf die Natur angewendet wird) muss selbstverständlich aus dem Kaufgeld bezahlt werden, denn das Kaufgeld ist der Vermittler eines Leistungsaustausches (NöK, S. 173). Insofern ist es nicht, wie Häni meint, eine Beschreibung eines Ist-Zustandes, der in Zukunft zu ändern sei, wenn Rudolf Steiner immer wieder betont, dass der Unternehmer dem Arbeitsleister seine Produkte abkauft, sondern es ist ein Hinweis auf den stattfindenden realen Leistungsaustausch, der durch Kaufgeld vermittelt wird. Dass der Unternehmer dem Arbeiter, wenn er ihn aus dem Kaufgeld heraus bezahlt, weniger geben kann, ist ja nur relativ gemeint. Es heißt ja nicht: weniger, als er benötigt, um seine Bedürfnisse und diejenigen seiner Angehörigen in Zukunft zu befriedigen. Es heißt nur: weniger, als mit der falschen Hin-

zunahme von Leihgeld. Denn Leihgeld ist das Geld, durch welches dem menschlichen Geist die Möglichkeit gegeben wird, organisierend in das Wirtschaftsleben einzugreifen (vgl. NöK, S. 175). Wenn ich den Dachdecker beauftrage, das Dach meines Hauses neu zu decken, dann kann ich ihm seine zu erbringenden Leistungen mit Kaufgeld vorfinanzieren. Dass ich vorfinanzieren, ändert noch nicht die Qualität des Geldes. Denn der Dachdecker veranstaltet mit dem Geld keine neue Unternehmung, sondern tauscht vorab eine klar definierte Leistung gegen Kaufgeld ein. Würde der Dachdecker ein neues Verfahren entwickeln wollen, um seine Dächer schneller und besser decken zu können, dann müsste dieses aus dem Leihgeld finanziert werden.¹

Des Pudels Kern

Eine weitere Auffassung Häni möchte ich an Aussagen von Rudolf Steiner prüfen. Für Häni ist die »Frage des Einkommens ... aus der Sicht der ›Dreigliederung‹ eine Rechtsfrage – das ist des Pudels Kern – und nicht eine Wirtschaftsfrage.« Nach seiner Auffassung ist es dann also im Sinne Rudolf Steiners, dass das Rechtsleben, der Staat, für ein existenzsicherndes Grundeinkommen zu sorgen hat. Nun wurde Rudolf Steiner einmal diesbezüglich direkt gefragt, und zwar an einem Frageabend in Stuttgart am 30. Mai 1919 (GA 337a, S. 82f.). Die Frage lautete: *»Im dreigliedrigen sozialen Organismus wird die menschliche Arbeitskraft den Charakter der Ware verlieren. Einen Lohn in seitherigem Sinne wird es nicht mehr geben. Den Arbeitern eines Betriebes wird ein vertraglich zu vereinbarenden Teil des Gesamtertrages des betreffenden Betriebes zukommen, ein anderer Teil wird den Angestellten und dem Betriebsleiter gehören. Auf welche Weise wird nun dafür gesorgt sein, dass dem Arbeiter eine Art Existenzminimum gesichert bleibt, zum Beispiel bei geringer Ertragsfähigkeit eines einzelnen Betriebes?«* (Hervorhebung: S.E.)

Hätte Häni im Ansatz Recht, dann hätte Rudolf Steiner hier etwa so geantwortet: Im dreigliedrigen sozialen Organismus wird das vermieden,

da ja durch das Rechtsleben ein Existenzminimum gesichert wird. Doch er antwortet überhaupt nicht in Häni's Sinne:

»Diese Frage ist in meinem Buch [»Die Kernpunkte der sozialen Frage«; Anm. S.E] behandelt, und ich habe hier nur zu bemerken, dass die Frage im eminentesten Sinne dann, wenn wirklich die drei Glieder des gesunden sozialen Organismus bestehen, **eine Wirtschaftsfrage ist** und dass durch die Sozialisierung des Wirtschaftslebens eine große praktische Frage für diejenigen Verwaltungen entstehen wird, welche innerhalb des Wirtschaftskörpers tätig sein werden. Im Wesentlichen, möchte ich sagen, reduziert sich diese Frage auf das folgende: **Dasjenige, was man heute ein Existenzminimum nennt, das ist noch immer auf das Lohnverhältnis hin gedacht.** Diese Art des Denkens, die wird beim selbständigen Wirtschaftsleben nicht in derselben Weise stattfinden können. **Da wird die Frage reinlich aus dem Wirtschaftsleben heraus gestellt werden müssen.** Diese Frage wird sich dann so stellen, dass der Mensch, indem er irgendeine Leistung vollbringt, indem er irgend etwas hervorbringt, für diese Leistung so viel an anderen Menschheitsleistungen durch Austausch wird zu bekommen haben, als er nötig hat, um seine Bedürfnisse und die Bedürfnisse derjenigen, die zu ihm gehören, zu befriedigen, bis er ein neues, gleichartiges Produkt hervorgebracht hat. Dabei muss nur in Anrechnung kommen all das, was der Mensch für seine Familie an Arbeit und dergleichen zu leisten hat. Dann wird man eine gewisse, ich möchte sagen Urzelle des Wirtschaftslebens finden. Und dasjenige, was diese Urzelle des Wirtschaftslebens zu dem machen wird, was eben den Menschen seine Bedürfnisse wird befriedigen lassen, bis er ein gleichartiges, neues Produkt hervorbringt, das gilt für alle Zweige des geistigen und materiellen Lebens. Das wird so zu ordnen sein, dass die Assoziationen, die Koalitionen, die Genossenschaften von der Art, wie ich sie vorhin dargestellt habe, zu sorgen haben werden, dass diese Urzelle des Wirtschaftslebens bestehen kann. Das heißt, dass ein jegliches Produkt im Vergleich mit anderen Produkten denjenigen

Wert hat, der gleichkommt den anderen Produkten, die man braucht zu Befriedigung der Bedürfnisse bis zur Herstellung eines neuen, gleichartigen Produkts. **Dass diese Urzelle des Wirtschaftslebens heute noch nicht besteht, das beruht eben darauf, dass in Angebot und Nachfrage des heutigen Marktes zusammenfließen Arbeit, Ware und Recht und dass diese drei Gebiete in der Zukunft getrennt werden müssen im dreigeteilten, gesunden sozialen Organismus.**« (Hervorhebungen: S.E.)

Diese Ausführung zeigt deutlich, dass Steiner nicht im Entferntesten an ein Grundeinkommensmodell dachte, sondern den Hebel an einer ganz anderen Stelle anlegt. Die Ursache dafür, dass das Wirtschaftsleben die Menschen heute nicht mit dem nötigen Einkommen ausstatten kann, sieht er darin, dass »in Angebot und Nachfrage des heutigen Marktes zusammenfließen Arbeit, Ware und Recht«, wobei er mit Recht die handelbaren Eigentumsrechte an Grund und Boden und Unternehmen meinte. Genau diese Problematik habe ich gerade in meinen beiden Aufsätzen im letzten Heft (DIE DREI 2/2006) herausgearbeitet.

Selbstverständlich ist es sehr schwer, eine Reform der Eigentumsrechte durchzuführen. Wenn das Rechtsleben gegenwärtig nicht in der Lage ist, ein der arbeitsteiligen Realität entsprechendes Eigentumsrecht zu schaffen, dann können Maßnahmen wie ein bedingungsloses

Grundeinkommen vielleicht erst einmal helfen, die härtesten Probleme zu lindern. Nur sollte man die Kräfte kennen, die dann wegen des falschen Eigentumsrechts weiter wirken können und die sehr bald auch eine solche Einrichtung wieder zersetzen werden.

Es ging in meinen Aufsätzen nicht darum, dem Grundeinkommensmodell den Kampf anzusagen, sondern nur darum, deutlich zu machen, gegen welche Kräfte es sich behaupten muss. Und da bieten Steiners Gedanken eine wertvolle Hilfe an. Versucht man sich diese im reinen Gedankenleben anzueignen, und nicht gleich mit dem zu verbinden, was man selbst für wertvoll erachtet, dann erringt man sich nicht nur ein Verständnis für das, was gegenwärtig an Kräften im Wirtschaftsleben wirkt, sondern man wird bemerken, dass diese Gedanken auch eine läuternde Wirkung auf das eigene Seelenleben haben.

1 Ein tieferes Verständnis der von Steiner dargelegten ökonomischen Hintergründe findet sich z.B. bei dem wenig bekannten Schweizer Bankier Alexander Caspar. Auf seiner Webseite www.gemeinsinn.net können verschiedene Vorträge und Schriften von ihm eingesehen werden.

STEPHAN EISENHUT, geb. 1964, studierte Volkswirtschaftslehre. Gegenwärtig ist er als Geschäftsführer der mercurial-Publikationsgesellschaft mbH tätig. – Kontakt: eisenhut@mercurial.de